

zu dem Antrag „Mehrsprachigkeit an Schulen stärken – eine Chance für die Gesellschaft und die persönliche Entwicklung“ Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 18/14522 (Neudruck)

Drucksache 18/20558 · eingebracht 2026-07-16 – Antragsteller: FDP

Bildung

Sprache

Inklusion

Migration

ZUSAMMENFASSUNG

Die FDP fordert die explizite Festlegung von Deutsch als einziger Unterrichts- und Prüfungssprache und lehnt Regelungsanpassungen ab, die fachliche Kompetenzen von Kindern mit unzureichenden Deutschkenntnissen angemessen erfassen würden.

KERNFORDERUNGEN

- Einführung einer festen Deutsch-Prüfungssprache
- Streichung der Forderung nach sprachgerechter Kompetenzmessung
- Betont individuelle elterliche Verantwortung statt staatlicher Förderinfrastruktur

BEWERTUNG

3.0 / 10 GEMEINWOHL-SCORE
Ablehnen

Der Antrag widerspricht zentralen GWÖ-Werten: Er untergräbt Solidarität und soziale Gerechtigkeit, indem er sprachlich benachteiligte Kinder systematisch benachteiligt – statt ihre Kompetenzen inklusiv zu erfassen. Er gefährdet Transparenz & Mitbestimmung durch Verhinderung von barrierefreier Leistungserfassung. Die Forderung nach strikter Deutsch-Prüfungssprache ohne Ausnahmen ignoriert die Realität mehrsprachiger Lernender und verstößt gegen das Recht auf Bildungsgerechtigkeit. Damit verletzt er mindestens drei Matrixfelder mit Rating –3 bis –4.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare sprachpolitische Positionierung
- Fokus auf Rechtsklarheit für Lehrkräfte

Schwächen

- Ignoriert sprachliche Barriere als strukturelles Hindernis
- Untergräbt inklusive Bildung und Chancengleichheit
- Keine Berücksichtigung von GWÖ-Werten Solidarität und soziale Gerechtigkeit

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A • LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B • FINANZEN	•	•	•	•	•
C • VERWALTUNG	•	•	-	•	•
D • BÜRGER:INNEN	-	-	•	--	•
E • GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	•

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: -4

Leistungserfassung bei Sprachbarrieren

D1 Menschenwürde Bewertung: -3

Zugang zu fairem Bildungsabschluss

D2 Solidarität Bewertung: -3

Unterstützung von Kindern mit Migrationsgeschichte

C3 Politische Führung & Verwaltung Bewertung: -2

Verantwortung für inklusive Bildungspolitik

CDU**WAHLPROGRAMM****7/10**

Der Antrag korrespondiert teilweise mit CDUs Fokus auf Deutsch als Unterrichtssprache (Q4, Q5), aber widerspricht ihrer Förderorientierung für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte (Q6) und ihrem Bekenntnis zur Familienzentrum-Idee als multiprofessioneller Unterstützung (Q5). Keine klare Übereinstimmung mit Kernziel der Sprachförderung vor Einschulung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**6/10**

CDU-Grundsatzprogramm betont christlich-demokratisches Menschenbild und Verantwortung, aber nicht sprachliche Exklusion. Das Bekenntnis zur Sprachförderung (Q6) steht im Widerspruch zur FDP-Forderung nach strikter Deutsch-Prüfung ohne Kompetenzanpassung.

„Deshalb wollen wir besonders die Sprachfähigkeit von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte und von Kindern mit familiär bedingter Bildungsferne fördern.“

CDU NRW Grundsatzprogramm 2015, S. 22

SPD**WAHLPROGRAMM****1/10**

Der Antrag widerspricht fundamental SPD-Kernpositionen: Chancengleichheit (Q13), gemeinsames Lernen (Q13), Bildungskommission für bessere Angebote (Q14) und sprachliche Integration als Aufgabe des Staates (Q11, Q16). Die FDP-Forderung untergräbt die SPD-Vision einer inklusiven, gebührenfreien Bildungskette.

„Wir wollen allen Schülerinnen und Schülern den sozialen Aufstieg über ein Abitur oder eine duale Ausbildung ermöglichen.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 27

PARTEIPROGRAMM**2/10**

Das Hamburger Programm verankert Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundwerte (Q16–Q17) und sieht Sprachförderung als staatliche Pflicht — nicht als Ausschlusskriterium. Der Antrag steht im klaren Widerspruch zu diesem sozialstaatlichen Verständnis.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

0/10

Vollständiger Widerspruch zu grünen Kernzielen: Inklusion als Menschenrecht (Q21), Mehrsprachigkeit als Lebensrealität und Ressource (Q20, Q22), interkulturelle Verständigung (Q23) und Bildung als Ausgleich ungleicher Startbedingungen (Q23). Die FDP-Forderung ist anti-inklusiv und diskriminierend.

„Inklusion ist ein Menschenrecht – und Menschenrechte sind nicht verhandelbar.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 65

PARTEIPROGRAMM

0/10

Das Grundsatzprogramm definiert Diskriminierung als gesellschaftliches Problem (Q26) und fordert ausdrücklich, dass Bildung bestehende Ungleichheiten nicht zementiert, sondern überwindet (Q23). Der Antrag tut genau das Gegenteil.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht exakt der FDP-Linie: Betonung der deutschen Sprache als Schlüssel zum gesellschaftlichen Miteinander (Q34), Fokus auf individuelle Verantwortung (Q34), Skepsis gegenüber strukturellen Anpassungen zugunsten von Minderheiten und klare Position zur Unterrichtssprache. Auch die Kritik an Bürokratie und Regelungsunsicherheit passt zur FDP-Rhetorik (Q29, Q31).

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das FDP-Grundsatzprogramm betont Eigenverantwortung, Leistungsprinzip und Freiheit (Q33–Q36). Die Forderung nach klarer Deutsch-Prüfungssprache und Ablehnung von Regelungsanpassungen zur Kompetenzmessung entspricht dieser Logik — auch wenn sie die GWÖ-Prinzipien von Solidarität und Inklusion vernachlässigt.

„Voraussetzung dafür ist das Beherrschen der deutschen Sprache. Sie ist der Schlüssel zu einem gesellschaftlichen Miteinander.“

FDP Karlsruher Freiheitsthesen 2012, S. 67

AfD

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Unterrichtssprache – jenseits des Fremdsprachenunterrichts – ist Deutsch. Das gilt auch für Aufgabenstellungen und deren Bearbeitung im Rahmen der Leistungsüberprüfung.

Die Unterrichtssprache ist Deutsch – ****jedoch werden fachliche Kompetenzen von Schüler*innen mit noch unzureichenden Deutschkenntnissen durch sprachgerechte Aufgabenformate, visuelle Hilfen, mündliche Ergänzungen und mehrsprachige Glossare angemessen erfasst**, um Bildungschancen nicht an Sprachkompetenz, sondern an fachlichem Verständnis zu messen.**

Begründung: Stärkt D1 (Menschenwürde) und D4 (soziale Gerechtigkeit) durch inklusive Leistungsmessung; entspricht GWÖ-Matrixfeldern D1, D4, D2

Vorschlag 2 von 3

Original: Regelungen anzupassen, sodass fachliche Kompetenzen auch dann angemessen erfasst werden können, wenn ein Kind aufgrund noch unzureichender Deutschkenntnisse seine Kompetenzen nicht vollständig darstellen kann

Regelungen anzupassen, sodass fachliche Kompetenzen auch dann angemessen erfasst werden können, wenn ein Kind aufgrund noch unzureichender Deutschkenntnisse seine Kompetenzen nicht vollständig darstellen kann Konkrete landesweite Handreichungen für Lehrkräfte entwickeln, die sprachgerechte Diagnostik, differenzierte Aufgabenstellung und mehrsprachige Unterstützungsformate systematisch ermöglichen

Begründung: Vermeidet vage Formulierung, konkretisiert Umsetzung und stärkt D4 (soziale öffentliche Leistung) sowie C3 (professionelle Verwaltung)

Vorschlag 3 von 3

Original: Eine Stärkung der Verantwortung der Eltern und deren Unterstützung bei der Sprachbildung unterstützt die Fraktion der FDP.

Eine Stärkung der Verantwortung der Eltern und deren Unterstützung bei der Sprachbildung unterstützt die Fraktion der FDP — ergänzt durch kommunale Sprachförderangebote für Eltern, kostenlose Beratung und Zugang zu mehrsprachigen Bildungsmaterialien

Begründung: Transformiert individuelle Verantwortung in solidarische Infrastruktur (D2, D4); vermeidet Blaming und stärkt Gemeinwohl-Orientierung

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit deckt sich mit GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Ablehnen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-128

Original-Antrag

Drucksache 18/20558

zu dem Antrag ·Mehrsprachigkeit an Schulen stärken · eine Chance für die·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

16.07.2026

Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zu dem Antrag „**Mehrsprachigkeit an Schulen stärken – eine Chance für die Gesellschaft und die persönliche Entwicklung**“

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/14522 (Neudruck)

Die Fraktion der FDP beantragt, den genannten Antrag wie folgt zu ändern:

1. Als letzter Feststellungspunkt der Beschlussfassung soll eingefügt werden („Der Landtag stellt fest.“):
 - „Die Unterrichtssprache – jenseits des Fremdsprachenunterrichts – ist Deutsch. Das gilt auch für Aufgabenstellungen und deren Bearbeitung im Rahmen der Leistungsüberprüfung.“
2. Streichung im letzten Forderungspunkt 8 der Beschlussfassung („Der Landtag fordert die Landesregierung im Rahmen vorhandener Mittel auf.“):
 - „Regelungen anzupassen, sodass fachliche Kompetenzen auch dann angemessen erfasst werden können, wenn ein Kind aufgrund noch unzureichender Deutschkenntnisse seine Kompetenzen nicht vollständig darstellen kann“

Begründung:

Der Antrag der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD enthält in der vorliegenden Form an entscheidender Stelle eine Unklarheit. Welche Regelungen konkret angepasst werden sollen, um Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern trotz noch unzureichender Deutschkenntnisse zu erfassen, bleibt im Antrag offen. Auch in den Debatten im Ausschuss und schriftlichen Äußerungen haben die antragstellenden Fraktionen darüber keine Klarheit geschaffen.

Darüber hinaus konnten die Fraktionen nicht darlegen, welche Instrumente heute Lehrkräften verwehrt sind, aber nach Beschluss des Antrags zugelassen sein sollen, um fachliche Kompetenzen angemessen zu erfassen. Für eine Anpassung von Regelungen fehlen die Darlegung des konkreten Handlungsbedarfs sowie die Benennung der notwendigen anzupassenden Regelungen.

Ferner fehlt im Antrag ein klares Bekenntnis zur Unterrichts- und Prüfungssprache Deutsch. Es ist deswegen nicht ausgeschlossen, dass der Antrag zu einer Absenkung von Leistungs- und Prüfungsanforderungen führt, statt Leistung zu fordern und fördern. Eine Stärkung der Verantwortung der Eltern und deren Unterstützung bei der Sprachbildung unterstützt die Fraktion der FDP. Daher soll dieser Aspekt in einem eigenen Forderungspunkt aufgeführt werden.

Schulministerin Dorothee Feller merkte in einem schriftlichen Austausch mit der FDP-Landtagsfraktion an, die Unterrichtssprache – jenseits des Fremdsprachenunterrichts – sei Deutsch. Dies gelte auch für Aufgabenstellungen im Rahmen der Leistungsüberprüfung. Die antragsstellenden Fraktionen sollten sich dieser Haltung anschließen und ein solches Bekenntnis explizit im Antrag ergänzen.

Henning Höne
Marcel Hafke
Franziska Müller-Rech

und Fraktion